BV Wilhelmshagen-Rahnsdorf e.V., Schönblicker Str. 31, 12589 Berlin

Frau Senatorin Franziska Giffey Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe Martin-Luther-Str. 105 10825 Berlin

Berlin, den 07.03.2025

Nachtflugverbot am BER

Sehr geehrte Frau Senatorin Giffey,

wir sind in der Ortslage Rahnsdorf/Wilhelmshagen ein langjährig tätiger Bürgerverein und sind Mitglied im Bündnis Südost, in dem sich die Ortsteile Bohnsdorf, Karolinenhof, Schmöckwitz, Müggelheim und Friedrichshagen zusammengeschlossen haben, um gegen ausufernden Fluglärm und Flugbetrieb vorzugehen.

Im Bezirk Treptow-Köpenick werden aber auch in den Ortslagen Steglitz, Lichtenrade und Neukölln viele Bürger durch die falsche Standortentscheidung (Schönefeld statt Sperenberg) unnötig belastet. Gleichfalls sehen wir es mit Sorge, dass das Schallschutzprogramm absolut unzureichend umgesetzt wird und aufgrund von Taschenspielertricks der FBB Bürger an der Umsetzung von Schallschutzmaßnahmen geradezu gehindert werden. Der eigentlich formal gut geregelte Schutz von Neubauten findet kaum statt – auch weil die Bauaufsichtsbehörden anscheinend die Weisung erhalten haben, Schallschutznachweise nicht zu prüfen. Vielleicht hat hier auch der Finanzsenator Einfluss genommen, der ja jede Geldausgabe der FBB am liebsten begrenzen will und damit die Hinhaltetaktik der FBB faktisch unterstützt. Dass die Bürger bisher nur durch die Gerichte unterstützt worden sind und die Politik so tut, als ob man Schallschutz gar nicht ernst nehmen muss, ist ein Skandal.

Ihre jüngste Aussage, dass Sie sich für Ausnahmen vom Nachtflugverbot einsetzen wollen, ist anscheinend ohne Kenntnis der Sachlage erfolgt. Der Planfeststellungsbeschluss zum BER hat nur deshalb Bestand vor dem Bundesverwaltungsgericht gehabt, weil ein eindeutiges Nachtflugverbot im Zeitraum zwischen 0 bis 5 Uhr und zusätzliche Einschränkungen in den Zeiträumen 23-24 Uhr und 5.30 - 6 Uhr verfügt worden sind.

Anscheinend sind Sie auch nicht darüber informiert, dass ein Volksbegehren zu einem Nachtflugverbot zwischen 22-6 Uhr erfolgreich gewesen ist und im Land Berlin dieses Volksbegehren nur knapp (mit knapp unter ca. 180 Tsd. Stimmen) gescheitert ist.

unter Vereinsregister Nr. 14492 Nz

Das Land Berlin ist auch in der Fluglärmkommission vertreten. Auch insofern müssten Sie darüber informiert sein, dass der Bezirk Treptow-Köpenick und die Bürgerinitiativen BVBB und VUV alles nur Erdenkliche tun, um Fluglärmbelastungen gering zu halten. So gibt es eine aktuelle Auseinandersetzung über die Hofmann -Kurve-— das Abdrehen der Flugzeuge vor der Siedlungsachse Königs Wusterhausen / Schulzendorf / Bohnsdorf, um Bürger von Fluglärm zu entlasten. Besonders ärgerlich ist in diesem Zusammenhang, dass das Land Berlin vertreten durch die Senatsverwaltungen sich nur unzureichend dafür einsetzt, dass nur 50% der Flugzeuge die gesamte Länge der Start- und Landebahn wie im Planfeststellungsbeschluss vorgesehen, nutzen. Kurzstarts führen dazu, dass die Flugzeuge viel zu spät abkurven und unnötig Siedlungsgebiete überfliegen.

Dadurch dass Berlin sich kaum stringent verhält, ist zu befürchten, dass Flugrouten über den Bezirk in der FLK favorisiert werden - denn Sie als Regierender Bürgermeister negieren durch Ihre Aussage insbesondere den besonders schädlichen nächtlichen Fluglärm. Dass sich das Nachtflugverbot in der Kernzeit nur auf planmäßige Flüge bezieht und besondere Flüge hiervon ausgenommen sind, führt bereits jetzt zum Aufwachen der Bürger. Weitere Ausnahmen wären überhaupt nicht tragbar. An anderen Flughäfen (Zürich) beginnt der reguläre Flugbetrieb erst ab 6.30 Uhr und nicht um 5.30 Uhr. Es besteht auch überhaupt kein Anlass, das dreiste Verhalten von einer Fluggesellschaft nicht genauestens unter die Lupe zu nehmen. Oder wollen Sie, dass die Bürger Berlins durch rechtswidriges Verhalten zum Aufwachen gezwungen werden?

Wir würden es begrüßen, wenn Sie sich mit den für Umwelt zuständigen und mit dem Bezirk vor derartigen Äußerungen abstimmen. Wir sind gerne bereit gemeinsam mit den Bürgerinitiativen vor Ort, Ihnen die Situation zu erläutern. Eine positive Einflussnahme der Politik für die Fluglärmbetroffenen vermissen wir.

In Erwartung auf positive Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

